

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(18. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Karin Kortmann,
Detlef Dzembitzki, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Thilo Hoppe, Hans-Christian Ströbele, Volker Beck
(Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/1005 –**

**Auf dem Weg zur Erreichung der Millennium Development Goals (MDGs) –
Probleme bei der Zielerreichung erkennen und bewältigen**

A. Problem

Umsetzung der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen.

B. Lösung

**Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der
CDU/CSU und FDP**

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht ermittelt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/1005 – anzunehmen.

Berlin, den 16. Juni 2004

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Rudolf Kraus
Vorsitzender

Siegmond Ehrmann
Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Siegmund Ehrmann, Dr. Christian Ruck, Thilo Hoppe und Markus Löning

I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 15/1005 – in seiner 53. Sitzung am 26. Juni 2003 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 16. Juni 2004, der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** in seiner Sitzung am 12. November 2003 und der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** in seiner Sitzung am 16. Juni 2004 beraten. Sie beschlossen jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, den Antrag anzunehmen.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der SPD** erläuterte, der Antrag befasse sich mit der Frage, mit welchem strategischen Ansatz die Armutsbekämpfung bis zum Jahr 2015 weltweit bewältigt werden solle. Hierzu lägen eine Reihe von Statusberichten vor, Weltbank, IWF (Internationaler Währungsfonds) und UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) hätten ihre Einschätzung vorgetragen. Es habe sich gezeigt, dass die Umsetzungsfortschritte regional und nach Ländergruppen ungleich verteilt seien. Von wesentlicher Bedeutung sei die Frage, wie multilaterale und bilaterale Struktu-

ren optimiert und auf Geber- und Nehmerseite die Zusammenarbeit verbessert werden könne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, sie könne den Antrag nur teilweise unterstützen. Sie sei insbesondere mit Blick auf das finanzielle Engagement und in der Frage, was gegenüber Staaten mit schlechter Regierungsführung zu tun sei, anderer Auffassung als die Koalition. Darüber hinaus bleibe der Antrag bei Fragen des internationalen Handels, bei der Verzahnung der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik in den „failing states“ und auch mit Blick auf die internationale Arbeitsteilung bei der Armutsbekämpfung zu wenig konkret.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** entgegnete, alle kritisierten Punkte würden ausführlich und umfassend angesprochen. Besonders zu begrüßen sei, dass die Ernährungssicherung zu einem vordringlichen Ziel der Entwicklungszusammenarbeit gemacht werden solle. Bei der Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit sei auch über alternative Finanzierungsmodelle wie etwa die Einführung von Gebühren für die Nutzung globaler Güter oder einer Devisenspekulationssteuer nachzudenken.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, der Antrag enthalte einen enumerativen Katalog wünschenswerter Dinge, es fehle aber eine vernünftige Schwerpunktsetzung, etwa bei der Frage, wie die Entwicklungsländer dabei unterstützt werden könnten, aus eigener Kraft wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen. Die Fraktion der FDP lehne deshalb den Antrag ab, unterstreiche jedoch, dass sie sich – wie im Antrag gefordert – für eine stärkere Öffnung der Märkte der Industriestaaten und für die Beendigung von Agrarexportsubventionen einsetze.

Berlin, den 16. Juni 2004

Siegmund Ehrmann
Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter

Markus Löning
Berichterstatter

